



LOB FÜR DIE AFD - SCHARFE KRITIK AM VORSITZENDEN

Weltwoche-Chef Roger Köppel: Meuthen zerlegt die AfD

Demokratie heisst Meinungsstreit, Rede und Gegenrede, Mainstream und Opposition. Nur dann kommen halbwegs vernünftige Entscheidungen zustande. Wo alle das Gleiche denken und erzählen, wird es gefährlich. Demokratie ist die Staatsform der institutionalisierten Alternativen. Wo es keine Alternativen mehr gibt, haben wir auch keine richtige Demokratie mehr.

Darum war es ein Glück für Deutschland, als vor sieben Jahren plötzlich dieser merkwürdige Verbund von liberalen Professoren, enttäuschten Bürgerlichen und «Wir haben die Schnauze voll»-Deutschen antrat, um das für sie unerträgliche Käseglocken-Polit-Kartell von Berlin aufzuknacken. Vor der Geburt der AfD hatten sich an der Spitze der Republik zwar die Regierungen abgewechselt, aber ohne dass sich an der Politik gross etwas geändert hätte.

Es stimmt, dass sich die AfD seither mehrfach häutete. Die Partei schleuderte auf einer Fieberkurve nach oben, aufgepeitscht vor allem durch die von vielen als Zumutung empfundene Flüchtlingspolitik der ewigen Kanzlerin Merkel, die mit stoischer Ungerührtheit und einem zusehends auffällig

werdenden Zug ins Autoritäre ihre Politik als «alternativlos» darstellte. Diese Selbstverblendung einer Regierungschefin, die sich wie ein alternder Despot für «alternativlos» hält, hat die AfD erst recht beflügelt.

Es passierte, was in Deutschland immer passiert, wenn eine Opposition von rechts und nicht von links angreift. Das Establishment verbündet sich parteiübergreifend gegen den Eindringling, und die Journalisten bilden den schreibenden Abwehrschirm. Man einigte sich darauf, die AfD als eine Art Nazi-Partei zu verunglimpfen, was verrückt ist angesichts der unbestreitbaren Tatsache, dass die echten Nazis Angriffskriege und Völkermord entfesselten, vorgängig die Demokratie abschafften und alle ins KZ warfen, die mit diesem Zerstörungskurs nicht einverstanden waren.

Die AfD ist keine Nazi-Partei. Nichts an ihrem Programm oder ihrem Wirken in den Parlamenten rechtfertigt diesen Vorwurf, den sich jeder geschichtsbewusste Mensch, der die Nazis und ihre Verbrechen nicht verharmlosen will, ohnehin verbieten sollte. Die AfDler sind oppositionelle Patrioten, keine Faschisten, aber sie sind für die Eliten höchst lästig, weil sie ihrer als «alternativlos» verkauften Politik eine Alternative entgegensetzen.

Mit Erfolg. Die AfD kann sich zugutehalten, dass sie gewichtige Missstände auf die Agenda wuchtete: Fehlkonstruktion Euro, Demokratiedefizit der EU, Aushebelung des Rechtsstaats im Asylbereich, steigende Kriminalität durch unkontrollierte Zuwanderung, enger werdende «Meinungskorridore» im Gefolge der Political Correctness. Darum ist die AfD für ihre Gegner ein Ärgernis. Weil sie die brenzligen Themen anders, konservativ anspricht.

Wer in die Opposition geht, nimmt immer Nachteile auf sich. Man muss das aushalten können. In Deutschland ist der Druck naturgemäss viel grösser. Es gibt die Last der Geschichte, aber es gibt eben auch den billigen Missbrauch dieser

Geschichte durch die Mächtigen in Politik und Medien. Die AfD trifft die geballte Ausgrenzung und Anschwärzung seit Jahren mit voller Wucht. Neuerdings wird die Partei vom Verfassungsschutz bespitzelt. Eine der Regierung unterstellte Behörde überwacht und infiltrierte die Opposition. Verdächtig macht sich bereits, wer die «falsche» Gesinnung durch unvorsichtige Wortwahl an den Tag legt. Deutschland ist die weltweit wohl einzige Demokratie, die den Inlandnachrichtendienst gegen Parteien einsetzt, die in Konkurrenz zu den regierenden Parteien stehen.

Vor diesem Hintergrund machte der Co-Vorsitzende Jörg Meuthen am letzten Parteitag in Kalkar den wohl grössten Fehler, den ein Oppositionspolitiker machen kann: Anstatt die Anfeindungen der Etablierten kämpferisch zurückzuweisen, machte er sich zu deren Sprachrohr. Es war ein trauriges Spektakel...

(Fortsetzung des äußerst klugen Kommentars von WELTWOCHEN-Chef Roger Köppel hier!)



Der niederträchtigste aller Schurken ist der Heuchler...

Von MARTIN E. RENNER | ... der dafür sorgt, dass er in dem Augenblick, wo er sich am dreckigsten benimmt, am tugendhaftesten auftritt. *(Marcus Tullius Cicero)*

Die selbstsüchtige Gesinnung zeigt sich in der Doppelmoral des Heuchlers. *Heuchler* sind Meister der Doppelmoral. Sie stellen andere an den Pranger – obwohl sie sich selbst ganz und gar unmoralisch verhalten. Die Zersetzung der gebildeten Strukturen, der einigenden Auffassungen der Gemeinschaft ist das gewollte und angestrebte Ergebnis des egomanischen Doppelmoralisten.

Wir brauchen einen „Großen Reset“ in unserer Partei

Man kann gar nicht anders, als diesen AfD-Parteitag in Kalkar – bewusst mit einigen Tagen Abstand – noch einmal Revue passieren zu lassen und einer Bewertung zu unterziehen. Und es ist richtig, die wichtigste Botschaft direkt vorweg zu nehmen: Wir brauchen in meiner und unserer Partei der „Alternative für Deutschland“ einen „Großen Reset“. Und das lieber gestern als heute.

Die AfD wurde – auch von mir als einem von 16 Mitgründern – etabliert, um eine seit Jahrzehnten zunehmend zerstörerische Politik zu stoppen und zu begründen, warum diese international-globalistische und öko-sozialistische Politik ins wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale und kulturelle Verderben führt, führen muss.

Die alles zerstörende Richtung, die vom derzeitigen Einheitsparteienblock, der „Neuen Einheitspartei Deutschlands (NED)“ vorgegeben wurde und immer rigider weiter verfolgt wird, lässt sich in einem Satz beschreiben: Es ist die vollständige, bewusst herbeigeführte und gesteuerte Auflösung, nein, Zerstörung unserer nationalen Identität, unserer kulturellen Identität, unserer christlichen und auch jüdischen Identität, unserer aufgeklärten und freiheitlichen Identität. Oder, noch kürzer: die totale Entnationalisierung – hin zu einem demokratiefernen, technokratischen, elitegesteuerten Gebilde im Sinne des Phantasmas der „Vereinigten Staaten von Europa“. Und genau das ist und war der Grund für unseren bereits antithetischen Namen: Alternative FÜR DEUTSCHLAND.

Das ist der alleinige Daseinsgrund unserer alternativen Partei

Das ist genau das, was hier in Deutschland, aber auch in den anderen Ländern unseres Europas, dem Abendland, seit Jahren passiert. Es ist das erklärte und durch viele Entscheidungen bewiesene Ziel, es ist die bewusste und vehement vorangetriebene Marschrichtung dieser Regierung, mitgetragen von allen Parteien des Deutschen Bundestages.

Außer uns, die wir die einzige wirkliche Oppositionspartei sind. Und das schon macht uns – unabhängig von allen anderen Politikfeldern, unabhängig von jeder fachlichen Expertise, unabhängig jeglicher Rationalität – zum politischen Feind, zum politisch unberührbaren Paria in jedem deutschen Parlament.

Das ist der alleinige Daseinsgrund unserer alternativen Partei. Und solange dem so ist – und dafür kämpfe ich unbeirrbar und in aller Entschlossenheit – können und dürfen wir nichts, aber auch gar nichts tun, was unserem politischen Gegner gefallen könnte.

Wir sind die künstlich angelegte rettende Sandbank

Eine etwas fiktional anmutende Beschreibung der aktuellen Realität: Wir sind die in letzter Sekunde künstlich angelegte rettende Sandbank, die die Titanic vor dem bewusst angesteuerten Eisberg auflaufen lässt – und damit die Passagiere und die Mannschaft vor dem Untergang, dem Ertrinken, bewahrt. Das – und nur das ist unsere Aufgabe.

Es gibt keine sachlich gut formulierten Anfragen, keine noch so fundierten Anträge oder Gesetzesentwürfe, um diesen, von allen anderen Parteien anvisierten Eisberg aus der Welt zu schaffen. In keinem deutschen Parlament ist damit derzeit eine Mehrheit zu erreichen. Das ist die traurige Realität.

Wer das nicht erkennt, wer gar metaphorisch von Minenfeldern fabuliert, die es geschickt zu umgehen gälte – der ist in einer führenden und damit zielgebenden Position der

Alternative für Deutschland wahrhaftig fehl am Platze. Hat er doch damit bewiesen, dass er die drohende Gefahr – den Untergang bedeutenden Eisberg unmittelbar voraus – gar nicht erkennt. Dass er nicht durchschaut, dass es gar keine Ausweichmöglichkeit mehr gibt. Und die Entscheidung nur noch zwischen Kollision und Vollbremsung besteht, was aber auf freier See eben physikalisch unmöglich ist.

Wir erleben deutlich, spätestens durch die Geburt des hässlichen Kindes „Cancel Culture“, der nicht weniger hässlichen Mutter namens „Politische Korrektheit“, dass nicht nur wir als politische Opposition, sondern jeder gesellschaftliche Widerstand, jede kritische Stimme in unserem Land, mit allen Mitteln des polit-ökonomisch-medialen Komplexes aus dem demokratischen Diskurs verbannt werden soll. Ein polit-ökonomisch-medialer Komplex, den man – nur wenig überspitzt – auch als Befehls- und Lenkungsorgan der hier immer deutlicher auftretenden und immer präsenter werdenden neo-/kulturmarxistischen Nomenklatura bezeichnen kann.

Das ist die Lage in unserem Land, die man nicht ignorieren, nicht missverstehen, nicht fehlinterpretieren kann.

Wir müssen das Regierungsschiff bremsen und auf die von uns errichtete und rettende Sandbank auflaufen lassen. Wir haben aufzuzeigen, dass die aktuelle Corona-Krise als Sonderrechtsregime benutzt wird, um unsere freie und soziale Marktwirtschaft und unsere freiheitliche Demokratie in eine öko-sozialistische Befehls- und Lenkungswirtschaft zu transformieren. Das ist doch die Quintessenz der verschwurbelt daher kommenden Aussagen unserer Frau Bundeskanzler, wenn sie von „der großen Transformation“, „der neuen Normalität“, „der Neuen-Welt-Ordnung, an die wir Teile unserer Souveränität abzugeben hätten“ schwadroniert.

Das ist unsere Aufgabe als aktuell einzig agierende Oppositionspartei. Aufzuklären, das große Bild zu zeichnen und unermüdlich in all seinen politischen Facetten, seinen

Auswirkungen und Folgen darzulegen. Bis der etwas „bequemlichkeitsverirrte“ Bürger seine Rolle als Souverän in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung wieder erkennt und diese auch wieder wahrnehmen will. Wir haben das massenmediale, regierungsopportune Framing einer sich immer neofeudaler gebärdenden „Nomenklatura“ täglich zu durchkreuzen und zu durchbrechen.

Vieles, was unsere als Metapher beschriebene „Sandbank“ und den „Eisberg“ betrifft, ist bereits in vollem Gange. Mit „Pegida“ entstand eine Bürgerbewegung, deren Sorgenthema die zunehmende Islamisierung ist. Aktuell ist mit den „Querdenkern“ eine weitere, dieses Mal innerhalb des politischen Spektrums höchst heterogene Bewegung entstanden, die sich wegen der zunehmenden, geradezu brachialen Einschränkung der Grundrechte im Zuge der angeblichen Corona-Bekämpfung sorgt.

Bürger erkennen, sorgen sich, schließen sich zusammen und gehen auf die Straße. Das nennt man Versammlungsfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung, also Demokratie. Mit zur Regierungspolitik deutlich konträren Positionen. Wir sind nicht deren parlamentarischer Arm. Aber wir sollten grundsätzlich begrüßen und anerkennen, dass hier Prozesse der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung stattfinden, die auch das Entstehen der „Alternative für Deutschland“ begründet haben.

Das ist nicht nur unsere Aufgabe, das ist unsere Pflicht

Als einzige Oppositionspartei haben wir für die demokratischen Rechte auch dieser Bürger, haben wir für die demokratischen Rechte aller Bürger einzustehen und zu kämpfen. Das ist nicht nur unsere Aufgabe, das ist unsere Pflicht. Ausgrenzung und Tabuisierung solcher Bewegungen, die im Kern und in der Substanz zu ähnlichen Überlegungen kommen wie die Mitglieder unserer Partei, das wäre in höchstem Maße schändlich und verräterisch.

Während auf uns AfD-Bundestagsabgeordnete im Plenum nur verbal eingedroschen wurde, hat man gleichzeitig draußen die Bürger, die für ihre Grundrechte demonstrierten – einen Steinwurf vom Deutschen Bundestag entfernt – mit Wasserwerfern „beregnet“ und staatsgewaltlich körperlich geprügelt.

Das geschieht heute in unserer Demokratie – DAS sind die Zeichen der Zeit, die es zu thematisieren gilt und die im Parlament anzuklagen sind.

Wir halten einen „Sozial-Parteitag“ in Kalkar ab, auf dem der Bundessprecher der einzigen Oppositionspartei sich nicht nur von den Bürgern der „Querdenken“-Bewegung distanziert, sondern damit auch in Distanz zum Kampf für die demokratischen Rechte des Bürgers geht. Der sich distanziert von all jenen, die sich nicht rhetorisch gebildet oder parlamentarisch versiert auszudrücken wissen. Gilt die Würde des Menschen (Art. 1 GG) für diese Bürger nicht? Haben auch wir arrogant all' jene auszustoßen, sie möglichst von jedem Diskurs fernzuhalten und sie gesellschaftlich zu tabuisieren? Nein! Sicher nicht!

Abgesehen davon, dass all' jene Delegierten, die dem Bundessprecher in Kalkar lobschreiend zur Seite standen, nicht minder „proletenhaft krakeelend“ empfunden werden mussten als die von Prof. Meuthen gar so gerne Ausgegrenzten und Abgestoßenen. Doppelmoral, hier besonders eindrücklich demonstriert. So ganz nach dem Motto: „Meine Prolls, die dürfen und sollen das...“

Er stellt die eigenen Abgeordneten an den Pranger

Merken denn unser Bundessprecher und seine Fürsprecher nicht, dass sie sich bis ins Detail der Rhetorik, der Stilistik und der Methodik unserer linkslastigen, sozialistischen, politischen Gegner bedienen? Merkt er nicht, dass er in jedem Punkt das gleiche Narrativ, das gleiche Framing benutzt und unterstreicht? Merkt er nicht, dass er als Kronzeuge eines geradezu mittelalterlich, voraufklärerisch anmutenden

Tribunals auftritt, dessen einzige Motivation und Absicht das politisch exakte Gegenteil von dem ist, wofür unsere „Alternative für Deutschland“ einst gegründet wurde?

Und schlimmer noch: Er stellt sogar noch die eigenen Abgeordneten an den Pranger. Nicht nur innerparteilich, sondern bewusst vor den Augen der medialen Öffentlichkeit. Er versucht also, die – unbestritten – begangene Dummheit nicht beaufsichtigter Gäste im Deutschen Bundestag durch eine ungleich größere, in ihrer Wirkung weitaus fatalere Dummheit zu heilen.

Oder ist das gar kein Heilungsversuch, sondern eine öffentlichkeitswirksame Zersetzung der eigenen Partei, seiner ihm vielleicht kritisch gegenüberstehenden innerparteilichen Wettbewerber? Und dann ruft er – geradezu lächerlich – zu einer Disziplin auf, die er just im gleichen Atemzug gänzlich vermissen lässt.

Feuer ans Fundament der Alternative für Deutschland gelegt

Im Ergebnis war dies eine „Brandrede“, die nur allzu bewusst Feuer ans Fundament der Alternative für Deutschland gelegt hat. So geriet der Parteitag – der eigentlich durch die überwältigend hohe Akzeptanz des Leitantrages zur Sozialprogrammatik als gut gelungen zu bewerten wäre – in der Berichterstattung zur Realsatire: Hasserfüllte Gesichter, die mit sich überschlagender Stimme in Mikrofone brüllen. Wohl gemerkt: Darunter eben in vollem Umfang auch das sich selbst „bürgerlich“ wahnende Lager, angetreten, um den angeblichen „Prolls“ und „Selbstdarstellern“ endlich Manieren und Disziplin beizubringen.

O tempora, o mores! Man musste kein aufmerksamer Beobachter sein, um zu bemerken, dass mit Meuthens Rede kein diplomatisches Friedensangebot an das Altparteienkartell unterbreitet, sondern die bedingungslose Kapitulation und Unterwerfung angeboten wurde.

Und zugleich auch in diesem Punkt das unsägliche Narrativ, das fehlleitende Framing des politischen Gegners folgsam bedient wurde: Die Mär vom Duopol, von der Bipolarität der „Alternative für Deutschland“, das sich um die Pole der „rechten Radikalen“ auf der einen und den eher „gemäßigten Wirtschaftsliberalen“ auf der anderen Seite dreht.

Es geht aber in unserer Partei nicht um die Meuthens

Es geht auch nicht um die Höckes unserer Partei! Das wird unserer Partei nicht gerecht. Das wird der breiten Masse unserer Mitglieder nicht gerecht, die diese Streiterei endlich beendet und endlich eine konstruktive, einige Oppositionsarbeit sehen wollen. Eine Partei wie die AfD, die als einzige Oppositionspartei selbstverständlich einen viel breiteren politischen Ansatz hat, haben muss, als die anderen. Diese sehr breite politische Aufstellung muss moderiert, muss, da These und Antithese sich gegenüber stehen, zur Synthese im dialektischen Streit und Sinne veredelt, beigelegt und miteinander versöhnt werden.

Ich sage es seit Anbeginn in unserer Partei immer und immer wieder: Personen sind austauschbar – aber unsere politischen Positionen dürfen es nicht sein. Wir haben „das Primat des Politischen“ zu befördern und nicht, wie alle anderen Parteien, „das Primat des Persönlichen“.

Alle ethischen Grundsätze unserer immer noch jungen Partei sind erneut mit dieser bewusst inszenierten und bewusst provozierten Schlammschlacht verletzt worden. Wir konnten nicht die Früchte unserer anstrengenden Programmarbeit ernten, bei der wir eine weitere programmatische Lücke mehrheitlich geschlossen haben. Leider konnten wir hierüber in der Berichterstattung nichts lesen. Weil alles dies überlagert wurde durch etwas anderes Gewolltes.

Bewusste und inszenierte Zerstörung

Alles das wurde zerstört. Bewusst und inszeniert, wie ich dem

geneigten Leser in den nächsten Zeilen beweisen werde. Leider konnte ich diesen Beweis der bewussten und inszenierten Zersetzung des Parteitages als Debattenbeitrag um die am Vortag gehaltene Rede Meuthens den Delegierten des Bundesparteitags nicht vermitteln.

Nach etwa 20 Vorrednern stand ich als nächster Redner am Mikrophon und wollte den folgenden Hintergrund dem Plenum nahebringen. Als dann – Zufall? – dem fünften GO-Antrag auf „Ende der Debatte“ stattgegeben wurde.

Am Samstagmorgen vor Beginn des Parteitages wurde ich bei meinem Eintritt in den Saal von einem mir persönlich gut bekannten TV-Redakteur angesprochen:

TV-Redakteur: „Herr Renner, guten Morgen. Na, das wird heute ja heiß hergehen.“

Martin E. Renner: „Wieso? Ich denke ganz im Gegenteil. Der Leitantrag zur Sozial- und Rentenpolitik erscheint mir doch ganz gut ausbalanciert zu sein und ich denke, wir werden mit sehr hoher Zustimmungsrates diesen Grundsatzantrag verabschieden.“

TV-Redakteur: „Na, das meine ich ja nicht. Aber: ich habe das Redemanuskript von Meuthens Rede vorab überreicht bekommen, mit dem Hinweis, schön aufzupassen, da die Rede eine Bombenwirkung haben werde...“

Ja, der Journalist hatte Recht. Die Rede hatte eine Bombenwirkung. Gut, dass der Redakteur, also die Medien, darauf rechtzeitig vorbereitet wurde. Besser aber wäre es gewesen, wenn auch ich frühzeitig darauf vorbereitet gewesen wäre. Ich hätte dann unserem Sprecher eindringlich geraten, diese Rede so nicht zu halten, um damit Schaden an unserer Partei zu vermeiden.

Doch jetzt müssen wir alle damit leben – und anfangen alles aufzuarbeiten. Am besten auf einem Sonderparteitag.

(Martin E. Renner ist Bundestagsabgeordneter der AfD. Er war Anfang 2013 einer der 16 Gründer der Partei in Oberursel. Seine Kolumne auf PI-NEWS erscheint alle zwei Wochen)



Wer einen solchen Bundessprecher hat, braucht keine politischen Gegner mehr

Von DER ANALYST | Am Montag, also einen Tag nach dem Ende des AfD-Bundesparteitags in Kalkar, bei dem es eigentlich darum gehen sollte, das sozialpolitische Profil der Partei zu schärfen, konnten die Mainstream-Medien ein publizistisches Schlachtfest feiern.

Wohl kaum einer der angereisten Journalisten hätte zu hoffen gewagt, auf einem Sozialparteitag sonderlich viel Material mit nach Hause nehmen zu können, das geeignet gewesen wäre, die Alternative für Deutschland anschließend wie gewohnt in Grund und Boden zu schreiben.

Reiche Ausbeute für Übelmeinende

Dank Bundessprecher Jörg Meuthen wurden die Vertreter der Mainstream-Medien jedoch angenehm überrascht, denn die

Ausbeute für Übelmeinende war mehr als erquicklich.

Hier eine kleine Auswahl:

- *„Meuterei gegen Meuthen“*
- *„AfD-Parteitag wird zum Schmutz-Tribunal gegen den Parteichef“*
- *„Chaos auf AfD-Parteitag“*
- *„Verquerdenker als Steigbügelhalter der AfD“*
- *„Der Chef gegen seine Partei: Kampf auf offener Bühne bei der AfD“*
- *„Es war eine gezielte Provokation und sie hat die Gräben in der AfD tiefer werden lassen“*
- *„Es hat ordentlich geknallt in Kalkar“*
- *„Beim AfD-Bundesparteitag in Kalkar am Sonntag standen die Zeichen auf Showdown“*
- *„Mit seiner Rede am Vortag hat Co-Parteichef Jörg Meuthen dem Rechtsaußen-Lager um den Thüringer Björn Höcke, sowie der Spitze der Bundestagsfraktion, vor allem dem Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland, den Fehdehandschuh vor die Füße geschleudert“*
- *„Saalschlacht über einen Antrag“*
- *„Da wird die Erinnerung an die früheren Vorsitzenden Bernd Lucke und Frauke Petry wach, die wie jetzt Meuthen die AfD nicht noch weiter ins Radikale und Irrationale abdriften lassen wollten – und scheiterten“*

... und so weiter und so fort.

Wie viele potentielle AfD-Wähler wird diese Berichterstattung wohl vergrault haben? Niemand hat Vertrauen zu einer Partei, die in ständigen Grabenkämpfen immer nur mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt sich angesichts des alles entscheidenden Superwahljahrs 2021 um die existenziellen Probleme unseres Landes und seiner Bürger zu kümmern.

Insofern stellt sich die Frage, was ausgerechnet den Bundessprecher dazu bewogen hat, die Lunte an ein Pulverfass

zu legen, in dessen Nähe sich unter normalen Umständen auf diesem Parteitag, einem Sozialparteitag, niemand herumgetrieben hätte. Und Meuthen wusste genau, was er tat. Gegenüber dem Fernsehsender Phoenix räumte er ein kalkuliertes Vorgehen ein:

„Ich wusste natürlich, als ich die Rede geschrieben habe, dass sie widersprüchliche und konträre Reaktionen auslösen wird. Das preist man ein.“

Man kann guten Gewissens unterstellen, dass Meuthen – Professor, Doktor – über genügend Intelligenz verfügt, auch den immensen Image-Schaden für die AfD „einzupreisen“, den seine Rede verursachen würde.

Und überhaupt: Solche Dinge bespricht man als Parteivorsitzender mit jenen, die es angeht, in kleiner oder größerer Runde hinter verschlossenen Türen, aber nicht coram pulico zur Schadensmaximierung für die Partei.

Dazu noch in einigen Nebensätzen potentiellen Wählern aus der Querdenken-Bewegung gegen das Schienbein zu treten, passt ebenso ins traurige Bild, wie die unglücklich verlaufene Einladung einiger „YouTuber“ in den Bundestag noch einmal aufzuwärmen, obwohl die Sache längst abschließend geklärt wurde und erledigt ist.

Es liegt nun an den AfD-Mitgliedern, wie sie das Verhalten ihres Parteisprechers bewerten und welche Konsequenzen sie daraus ziehen. Als außenstehender Beobachter kommt man jedenfalls zu dem Schluss, dass eine Partei, die so einen Vorsitzenden hat, keine politischen Gegner mehr braucht. Und das ist jetzt noch zurückhaltend formuliert.



Wird Autofahren schon in vier Jahren verboten?

Der Wahnsinn in Brüssel nimmt immer neue Dimensionen an: Jetzt plant die EU-Kommission, uns Bürgern den Kauf eines neuen Autos ab 2025 unmöglich zu machen – das ist schon in gut vier Jahren!

Das soll für alle künftigen Benziner und Diesel gelten. Man holt jetzt in Brüssel den ganz großen, linksgrünen Öko-Hammer heraus und plant eine neue Abgasnorm namens „Euro 7“.

Mit dieser soll vorgeschrieben werden, dass ein Auto in jeder Fahrsituation quasi emissionsfrei bleiben muss – egal ob vollgepackt auf der Fahrt in den Urlaub, im Stop-and-go im Stadtverkehr oder mit Anhänger bergauf. Das ist technisch nicht mehr zu schaffen.

Damit stehen jetzt Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel – und außerdem unsere individuelle Bewegungsfreiheit in Deutschland und Europa, denn ohne ein vernünftiges Auto wird es damit vorbei sein.



Neue Achse Meuthen – Junge Freiheit – FAZ

Von ROBERT ANDERS | Es war alles nur ein geschickter Schachzug, um die AfD vor dem „Flügel“ zu retten: Jörg Meuthen ist kein Spalter, sondern vielmehr ein Held der Partei! Wer das nicht glaubt, wozu es ja einigen Anlass gibt, der lese Meuthens Interview in der „Jungen Freiheit“ und den Artikel „Meuthens Schachzug“ von Markus Wehner in der FAZ vom 6. April 2020 auf Seite 10. In diesem Artikel wird – offenbar mit Unterstützung und Einverständnis des Bundessprechers – verbreitet, Meuthen sei es mit dem Spaltungsvorschlag gelungen, eine von den „Flügel“-Chefs Björn Höcke und Andreas Kalbitz beabsichtigte reale Spaltung der AfD zu verhindern.

Ausgerechnet die FAZ, die nach den Ereignissen in Erfurt und der Bluttat eines geistig gestörten Mannes in Hanau geradezu tollwütig über die AfD – die ganze AfD! – hergefallen ist, benutzt nun eine Interviewvorlage der Höcke und Kalbitz feindselig gestimmten „Jungen Freiheit“, um Meuthen als Retter der Einheit der Partei zu präsentieren. Das hat sicher auch seinen absurden Reiz, ist jedoch für die Glaubwürdigkeit Meuthens, aber auch der gesamten AfD von verheerender Wirkung. Wie sollen Wähler einer Partei trauen, in der solch inneren Konflikte mit derart schmutzigen Methoden der Auseinandersetzung toben?

Die JF/FAZ-These vom „Retter Meuthen“ beruht allein auf Äußerungen desselben, die offensichtlich als Reaktion auf die

weitgehend ablehnenden und empörten Reaktionen auf dessen Spaltungsvorschlag in einem Interview mit „Tichys Einblick“ betrachtet werden müssen. Meuthen ist deshalb angeschlagen und will sich wieder ins Spiel bringen. Welches Interesse die AfD-Hasser der FAZ daran haben, ist keine unberechtigte Frage.

Zudem wird der Vorwurf gegenüber Höcke und Kalbitz, sie hätten Spaltungspläne, in keiner Weise belegt. Dass Kalbitz in einer offenbar der FAZ vom Verfassungsschutz zugespielten Mail den ultimativen Beschluss des Bundesvorstands, den „Flügel“ aufzulösen, als „Generalattacke gegen den Osten“ bezeichnet hat, ist erstens nicht falsch, aber zweitens nur mit blühender Fantasie als Spaltungsaufforderung zu lesen.

Mit dem durchsichtigen Spiel über die FAZ-Bande machen Meuthen und die „Junge Freiheit“ die ohnehin krisenhafte Lage in der AfD nur noch schlimmer. Denn es wird deutlich, dass die Kreise in der Partei um Meuthen nicht eher ruhen wollen, bis die Entscheidungsschlacht gegen das Lager um Höcke/Kalbitz so oder so entschieden sein wird. Ein Verlierer steht jedenfalls bereits fest: Das Vertrauen von vielen Wählern und Sympathisanten in die AfD.

P.S.: Inzwischen gibt es einen einstimmigen Beschluss des AfD-Bundesvorstands zur „Einheit der Partei“:

Bundessprecher Jörg Meuthen hat eingeräumt, mit seinem Interview in ‚Tichys Einblick‘ einen großen Fehler begangen zu haben. Meuthen erklärt, die Diskussion nicht weiter zu führen. Er bekennt sich zur Geschlossenheit der AfD als einheitlicher Partei und bekräftigt, ausschließlich in diesem Sinne gemeinsam vorzugehen. Der Bundesvorstand begrüßt diese Klarstellung, bejaht die Einheit der Partei und spricht sich gegen jegliche Bestrebung aus, diese zu gefährden.



AfD-Parteivorsitz: Ist Jörg Meuthen noch der Richtige?

Von EUGEN PRINZ | Während die Regierungsparteien bedingt durch die Corona-Krise laut einer Forsa-Umfrage derzeit einen Höhenflug erleben, ist die AfD bundesweit auf 9% abgestürzt. Darüber braucht sich die Alternative für Deutschland nicht zu wundern, ist sie doch hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt, statt eine einheitliche Strategie zur Lösung der Krise zu entwickeln.

Bezüglich der Corona-Krise kann man die AfD abhaken

In dieser Situation, in der so ziemlich jeder Deutsche entweder Angst vor dem Virus hat oder um seine wirtschaftliche Existenz fürchtet – oft sogar beides – fällt dem Bundessprecher der AfD nichts Besseres ein, als die Öffentlichkeit an seinen Gedanken über eine Spaltung der Partei teilhaben zu lassen. Mit dem Vorstoß des Bundessprechers ist zu erwarten, dass sich die Alternative für Deutschland auch in den kommenden Tagen, vielleicht sogar Wochen, weiterhin mehr ihrer Nabelschau widmet als gemeinsam konstruktive Vorschläge zu einer Exit-Strategie aus dem Corona-Lockdown, der unserer Wirtschaft das Genick brechen wird, zu entwickeln. Die Verantwortung für das Fehlen einer gemeinsamen Strategie der AfD trägt natürlich nicht zuletzt als ihr amtierender Bundessprecher ebenfalls Jörg Meuthen. Er

hätte frühzeitig Führungsqualitäten zeigen und die Partei auf eine einheitliche Linie einschwören müssen.

So aber kann man sich also getrost von der Hoffnung verabschieden, dass die AfD in der Corona-Krise noch eine konstruktive Rolle übernehmen kann, auch wenn sich einzelne aus den vorderen Reihen der Partei, wie zum Beispiel die Bundestagsabgeordneten Dr. Dirk Spaniel, Corinna Miazga, Stephan Brandner und Stephan Protschka, redlich darum bemühen (die jeweiligen Links führen zu YouTube-Videos, in denen sich die genannten AfD- Abgeordneten zur Corona-Krise äußern).

Finis AfD?

Ist die AfD aufgrund ihres gegenwärtigen Versagens auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit? Klares Nein! Aber nur, wenn sie jetzt nicht den Fehler macht, dem Vorschlag Meuthens zu folgen und sich zu spalten.

Jede Epidemie oder Pandemie läuft sich nach einer gewissen Zeit tot. Das ist auch bei COVID-19 so. Und eines ist jedoch jetzt schon sicher: Das wirtschaftliche Jammertal, in dem wir uns anschließend wiederfinden, wird uns deutlich länger erhalten bleiben, als die Epidemie. Die Deutschen werden das Virus sehr schnell vergessen haben, wenn der Kampf um die eigene wirtschaftliche Existenz jeden Tag ihr Denken und Handeln bestimmt. Und sie werden einen Schuldigen finden, den sie für ihre Lage verantwortlich machen.



Schon jetzt ist abzusehen, dass es schwere soziale Konflikte geben wird. Durch die Corona-Krise werden viele ihre Arbeit verlieren und viele Selbständige in die Pleite gehen.

Deren Kurs ist vorgezeichnet: Arbeitslosigkeit, Aufbrauchen

des angesparten Vermögens und wenn nichts mehr da ist, wartet am Ende des Tages der Absturz in Hartz IV.

Künftiges Pulverfass: Gleicher Hartz IV-Satz für Asylbewerber und Deutsche

Und dann haben wir die Situation, dass viele Arbeitnehmer, die jahrzehntelang geschuftet und in die Sozialkassen eingezahlt haben und nicht wenige Selbständige, die vom Fiskus ebenso lang mit hohen Steuersätzen gemolken wurden, genau den selben Hartz IV-Satz erhalten, wie der abgelehnte Asylbewerber aus Somalia, den man nicht abschieben konnte. Was das – zurecht – für böses Blut geben wird, mag man sich gar nicht ausmalen.

Die AfD muss also nicht verzagen. Die Corona-Krise kann sie getrost abhaken, da macht sie keinen Stich mehr. Aber nachher, in der großen Depression, da werden die Karten neu gemischt und wenn die Alternative es bis dahin schafft, sich nicht selbst zu zerlegen, dann kann für diese Partei ein neuer Höhenflug beginnen. Allerdings nicht mit einem Vorsitzenden, der so wenig politisches Fingerspitzengefühl für die Befindlichkeiten der Deutschen hat, wie Jörg Meuthen.

Was, wenn sich der Lockdown als überzogen herausstellt?

Vielleicht stellt sich auch noch heraus, dass der Lockdown überzogen war. Dann werden jene, die jetzt gerade um ihre Existenz gebracht werden, die Verantwortung dafür bei den Altparteien suchen und sie an der Wahlurne zur Rechenschaft ziehen. Insbesondere dann dürfte die Stunde von Spaniel, Miazga, Brandner, Protschka und Co. schlagen, die dem Lockdown gegenwärtig sehr skeptisch gegenüber stehen.

Fazit: Der AfD wurde schon mehrmals verfrüht das Sterbeglöckchen geläutet. Das wird auch dieses Mal der Fall sein, vorausgesetzt, die AfD macht es wie die ersten beiden Male und versammelt sich geeint hinter einem neuen Bundessprecher.



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» *Spende an den Autor*

» *Twitter Account des Autors.*



Meuthen: „Wir verteidigen den

Rechtsstaat, den andere verletzen!“

Im ersten Videobeitrag der AfD-Kampagne „WirSindGrundgesetz“ erzählt Bundessprecher Jörg Meuthen, wie und warum er 2013 zur AfD kam und erläutert die unfaire Strategie der Altparteien zur Bekämpfung der Rechtsstaatspartei und wie man sich dagegen wehren kann.



Willst Du Dir den Tag versauen, musst Du deutsches Fernsehen schauen

Von EUGEN PRINZ | Es sind bizarre Szenen, die Stern TV in dem Beitrag „Sohn von NS-Kriegsverbrecher konfrontiert AfD-Anhänger – unterwegs mit Niklas Frank“ zeigt. Ein alter Mann mit schlechten Zähnen pöbelt auf einer AfD-Wahlkampfkundgebung in Thüringen die Anwesenden an. Für die Kamera skandiert er immer wieder publikumswirksam „Hetzer! Hetzer!“ Er hält beide Hände wie ein Megaphon vor seinen Mund, als ob sein Geschrei dadurch besser zu verstehen wäre.

Niklas Frank ist ein alter Mann mit einer Mission. Und diese ist, die AfD offen in die Nähe der Nationalsozialisten zu

rücken. Sein Vater war Hans Frank, der zwischen 1939 und 1945 als Generalgouverneur im von Deutschland besetzten Polen an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt war. Als „Schlächter von Polen“ wurde er nach Ende des Zweiten Weltkrieges im Nürnberger Kriegsverbrecher Prozess 1946 zum Tode verurteilt und gehängt.

Noch normal?

Obwohl Niklas Frank zu diesem Zeitpunkt erst sieben Jahre alt war und in keiner Weise für die Taten seines Vaters verantwortlich gemacht werden konnte, wurden diese zu seiner Besessenheit, die in der Aussage gipfelte, als Jugendlicher zu der Vorstellung, wie sein Vater gehängt worden sei, aus Hass auf ihn masturbiert zu haben.

Inwieweit sich solche Denkvorgänge und die Tatsache, dass Niklas Frank mal einfach so die AfD als „Mörderverein“ bezeichnet, noch im Rahmen eines geistig gesunden Verstandes abspielen, kann nur ein Psychiater beurteilen. Wer sich selber ein Bild von der Verfassung des Mannes machen möchte, findet hier Anschauungsmaterial.

„Jetzt grinst mich der Kerl an, weil Deutschland wieder in eine Richtung zu marschieren scheint, die ihm gefallen würde. Antidemokratisch – vertreten durch die AfD. Da freut er sich.“

(Niklas Frank bei der Betrachtung eines Fotos, das seinen gerade gehenkten Vater zeigt)

Anscheinend ist den Mainstream Medien inzwischen wirklich jedes Mittel recht, die AfD im Vorfeld der Landtagswahl in Thüringen mit Schmutz zu bewerfen. Anders ist es nicht zu erklären, dass „stern TV“ den AfD Bundessprecher Jörg Meuthen am vergangenen Mittwoch zu einem „Streitgespräch“ mit eben diesem Niklas Frank, eingeladen hatte. Offenbar war dem Bundessprecher der AfD im Vorfeld nicht klar, dass er in einen

Diskurs mit jemandem geht, der in der Alternative für Deutschland die Reinkarnation der NSDAP sieht.

Falle für Meuthen bis ins letzte Detail präpariert

Als Kulisse dieses „Streitgesprächs“ diente ganz offenkundig ein handverlesenes „Anti-AfD Publikum“, gewürzt mit einigen „Brüllaffen“, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit in unflätiger Weise akustisch auf Meuthen einwirkten. Moderator Steffen Hallaschka gab den Scharfrichter, der sich geifernd bemühte, dem Bundessprecher der AfD die Schlinge um den Hals zu legen.



Die Farce gipfelte in der Aussage von Frank, dass Beatrix von Storch „auf Kinder schießen lassen wollte“. Meuthen, der sich während der ganzen Diskussion ohne Wenn und Aber vor seine Partei stellte, dürfte heilfroh gewesen sein, als er das Studio wieder verlassen konnte. Als Einzelner gegen ein feindseliges Publikum, einen Moderator, der auf ein Schlachtfest aus ist und einen Herausforderer anzutreten, der entweder in ärztliche Behandlung oder wegen Verleumdung vor den Kadi gehört, nötigt Achtung ab.

Sie können sich anhand des obigen Beitragsvideos selbst ein Bild von diesem ekelhaften Tiefpunkt medialer Meinungsmanipulation machen.

Corinna Miazga zu Gast bei „Jetzt red i“

Jörg Meuthen war nicht der einzige aus der AfD-Führungsrige, der am Mittwoch in eine Talkshow mit links-getuntem Publikum musste. Corinna Miazga war neben dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann und dem Bundestagsabgeordneten Dieter Janecek

von Bündnis90/Die Grünen zu Gast in dem Format „Jetzt red i“ des BR Fernsehens.

<https://youtu.be/qJKfJ3BBrS8>

Die Sendung dauerte knapp eine Stunde, 45 Minuten davon wurden Live ausgestrahlt. In ihrer Gesamtheit kann sie in der BR-Mediathek, bzw. in dem oben eingebetteten Video besichtigt werden.

Wer die Sendung in voller Länge verfolgt hat, kommt zu der Überzeugung, dass Moderator Tilmann Schöberl genau wusste, wem er im Publikum das Rederecht erteilen konnte und was der oder die Betreffende sagen würde.

Genau aus diesem Grund kam es unmittelbar nach dem ausgestrahlten Teil der Sendung zu einem Eklat, den Sie ab Minute 44:20 besichtigen können:

„Das ist keine Demokratie hier, ich finde es unterirdisch, wie das hier abläuft, wie Sie die Gesprächsführung gemacht haben. Sie haben eine einseitige Blickrichtung.“

Mit diesen Worten an den Moderator verließ ein erboster Zuschauer demonstrativ das Studio.

Ganz so unterirdisch wie bei Stern TV ging es bei „Jetzt Red i“ nicht zu, obwohl die Sendung immer noch als manipulativ und tendenziös bezeichnet werden muss.

Und wie üblich lautete das Motto: Alle auf die AfD, in diesem Fall auf Miazga. Dass allerdings die gute Frau kein leichtes Opfer ist und Haare auf den Zähnen hat, wenn es darauf ankommt, erfuhren die anderen Beteiligten ziemlich schnell.

Bei Minute 25:30 legte Miazga richtig los und bezeichnete die Antifa als Brandstifter- und Schlägertruppe. Bei Minute 35:20 nannte sie den Grünen Dieter Janecek einen „geistigen Brandstifter“. Nach eigenen Angaben hatte er „sich lange

überlegt, ob er überhaupt in die Sendung überhaupt kommen soll“. War wohl die falsche Entscheidung, denn gegen die bayerische AfD-Landesvorsitzende sah er nicht gut aus.



Corinna Miazga in der Sendung „Jetzt red i“ des BR Fernsehens

Am Anfang jenes Teils der Sendung, der nicht mehr ausgestrahlt wurde, ergriff eine Zuschauerin, offenbar Mitglied der Partei „MUT“ das Wort und goß Gift und Galle über die AfD aus (Minute 46:00). Als dann Miazga bei Minute 50:30 zur Gegenrede ansetzte, verließ die Dame das Studio, nicht ohne der bayerischen AfD-Landesvorsitzenden „den Scheibenwischer“ zu zeigen (Minute 51:25). Miazga darauf:

„Irgendwann wird der Punkt kommen, da wird mit der Dame niemand mehr reden“

Künftig Talkshows boykottieren?

Angesichts dieser immer gleichen Schmierenkomödien stellt sich die Frage, ob sich die AfD-Politiker solche Veranstaltungen überhaupt noch antun oder künftig Talkshows fern bleiben sollten.

Wir freuen uns auf Ihre Meinung dazu im Kommentarbereich!



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.



Meuthen watscht von der Leyen ab

In der laufenden Debatte zur Wahl des Kommissionspräsidenten im EU-Parlament in Straßburg hat Prof. Dr. Jörg Meuthen (AfD, stellv. Fraktionsvorsitzender Identität und Demokratie) zur Kandidatur Ursula von der Leyens deutliche Worte gefunden...



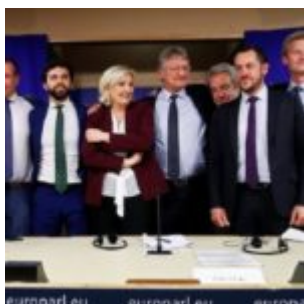
Björn Höcke: Reiner Schaumwein für Schlapphüte und IM

Der gestrige Wahlkampfauftakt der Alternative für Deutschland (AfD) bei sommerlichen Temperaturen im brandenburgischen Cottbus hatte es in sich. Vor weit mehr als 1.000 Anhängern hielten neben Andreas Kalbitz, dem Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten seiner Partei für Brandenburg, auch Bundessprecher und Europaparlamentarier Prof. Dr. Jörg Meuthen sowie der sächsische Landesvorsitzende Jörg Urban und der thüringische Landes- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke fulminante Reden.

AfD-Spitzenkandidat aus Thüringen, Björn Höcke, hatte eine besondere „Aufmerksamkeit“ für die zuvor öffentlich

angekündigten, anwesenden Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und deren obersten Dienstvorgesetzten, Brandenburgs Inneminister Karl-Heinz Schröter (64, SPD), im Gepäck. Die linksgrüne Presse läuft sich bereits warm.

Alle Reden >>hier<< ...



Brüssel: EU-Patrioten gehen jetzt doch zusammen

Von CHEVROLET | Die Idee von Italiens Innenminister und Vizepremier Matteo Salvini war gut, doch so ganz wollte sie wohl doch nicht auf Anhieb auf Gegenliebe in Europa stoßen: Eine große patriotische Fraktion im EU-Parlament hatte sich der mutige Italiener erdacht, die die patriotischen Kräfte zusammenbringen und damit schlagfertiger machen sollte.

Noch-Kommissionschef Jean-Claude Juncker giftete denn auch sofort dagegen, doch Salvini und seine Gefolgsleute in anderen Ländern ließen sich nicht beirren. Und jetzt konnte man in Brüssel stolz melden: Die Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID), wofür die patriotischen Parteien im EU-Parlament ja als Einzige stehen, ist in trockenen Tüchern und mit 73 Abgeordneten in Straßburg vertreten.

ID besteht aus den Mitgliedern der früheren Fraktion ENF, „Europa der Nationen und Freiheit“, in der die europäischen

Rechten zusammenarbeiteten. Neu dabei ist dafür die AfD aus Deutschland und befindet sich damit in guter Gesellschaft.

Einzig fehlt die „Fidesz“ aus Ungarn, also die Partei von Ungarns Premier Viktor Orbán. Sie gehört weiter zur EVP-Fraktion, der „Europäischen Volkspartei“, in der auch die deutsche CDU, trotz ihres Rucks an den linken Rand des politischen Spektrums, Mitglied ist.

Zur neuen Fraktion der Patrioten gehören neben AfD, Salvini „Lega“ und dem Resemblent Nationale von Marine Le Pen aus Frankreich die FPÖ (Österreich), der Vlaams Belang (Belgien), die PS (Wahre Finnen/Finnland), Freiheit und direkte Demokratie (Tschechien), die Dänische Volkspartei und die Estnische Konservative Volkspartei.



Meuthens (verständlicher) Irrtum

Von WOLFGANG HÜBNER | Nach der EU-Wahl hat der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen geäußert, die erfolgreichen Grünen verstünden von Wirtschaft überhaupt nichts. Das mag aus der Sicht eines Professors der herkömmlichen Ökonomie eine nur allzu verständliche Auffassung sein. Aber im Zeitalter gigantischer Staatsverschuldungen und endloser Geldschöpfungen der Notenbanken sowie des daraus erwachsenden Zwangs zum Wachstum

um jeden Preis ist das gewiss kein Argument, das die Grünen und ihre Wähler beeindrucken oder gar irritieren dürfte.

Was Meuthen jedoch noch viel nachdenklicher machen sollte: Weder die Realwirtschaft noch das System der abenteuerlichen Finanzspekulationen zeigt sich von den Wahlerfolgen der Grünen irgendwie beunruhigt. Warum auch? Denn bislang wird die ökonomische (Un)Ordnung von den Grünen nicht in Frage gestellt, ganz im Gegenteil zum gesellschaftlichen Zusammenleben. Für die auf Außenhandel gerichtete deutsche Wirtschaft sind die grünen Globalisten sowieso viel willkommener als die traditionellen Volkswirte der AfD. Und man hat in den Chefetagen und Wirtschaftsverbänden keineswegs vergessen, wer Schröders williger Partner bei der Durchsetzung von Hartz IV war.

Im gewissen Sinn sind die Grünen sogar die große Hoffnung etlicher Wirtschaftszweige in Deutschland. Denn die Einführung eines strengen Klimaregimes verspricht mehr Stimulierung des stagnierenden Wachstums. Wenn zum Beispiel Millionen Benzin- und Dieselfahrzeuge erst entwertet und dann von E-Autos ersetzt werden müssen, die dazu notwendige neue Infrastruktur geschaffen werden muss, dann gibt es etliche große Profiteure dieser Entwicklung. Um die unzähligen Verlierer machen sich die Managermillionäre so wenig Gedanken wie die Teilnehmer der Greta-Kreuzzüge.

Und die Grünen? Die werden die sozialen Probleme kaltlächelnd ihrem jeweiligen Koalitionspartner zuweisen. Die SPD haben sie mit dieser Methode schon ruiniert, die CDU wartet offenbar begierig darauf, das gleiche Schicksal zu erleiden. Es wäre gut, wenn unter den derzeit etwas niedergeschlagenen deutschen Patrioten und auch in der AfD-Führung begriffen würde, dass die Grünen bislang keineswegs als Gefahr für die Mächtigen und Mitprofiteure des real existierenden Exportkapitalismus betrachtet werden.

Im Gegenteil: Sie werden als nützliche politische Kraft

verstanden und genutzt. Sollten die Grünen einmal das wirtschaftliche System in Frage stellen, wird sich das ganz schnell ändern. Aber warum sollten die Schmalspurakademiker und Berufslosen in der Deutschlandabschaffungspartei sich so in Gefahr bringen? Sie werden vielmehr weiterhin unauffällig alle gesellschaftlichen, politischen und auch ökonomischen Weichen in Richtung Abgrund stellen. Ihre Führer sind Leninisten genug, um zu wissen, dass die Kapitalisten gerne auch noch den Strick verkaufen, mit dem sie gehängt werden.

Doch diese Richtung gefällt offenbar immer mehr Deutschen. Die Rechnungen dafür werden gerade die Greta-Jünger künftig selbstverständlich noch präsentiert bekommen. Wenn Jörg Meuthen das befürchtet, unterliegt er ganz und gar keinem Irrtum.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite erreichbar.